

Angelo Bolaffi / Giacomo Marramao
Die deutsche Sozialdemokratie heute - oder die Paradoxa einer
Geschäftsführung der Arbeiterklasse

(...)

1.

Wenn die Erfahrungen der sozialdemokratischen Parteien Bestandteil des »Erbes der gesamten europäischen Linken« sind – um die gebräuchlichen rhetorischen Formeln zu verwenden –, dann folgt daraus, daß auch ihre Krise die Grundpostulate der gesamten politischen Kultur der europäischen Linken betrifft und in Frage stellt.

Vor allem aber ist es notwendig, von vorneherein Abschied zu nehmen von übertrieben synthetischen Formulierungen (wie »Krise des Sozialstaates«, »Krise des Wohlfahrtsstaates« usw.), die schon allzu lange ihre geringe analytische Fruchtbarkeit unter Beweis gestellt haben – abgesehen von ihrer ideologischen Funktion, fehlende Analysen der Wirklichkeit zu überdecken – und stattdessen zu versuchen, präzise die Konturen *dessen* zu erfassen, das *von* und *in* der Regierungspraxis der deutschen Sozialdemokratie in die Krise geraten ist.

2.

Diese Konturen zu skizzieren, bedeutet vor allem, sich Klarheit über die beiden klassischen theoretischen Paradigmata zu verschaffen, die zur Stützung der Interpretation herangezogen werden, wonach die aktuelle Sackgasse der sozialdemokratischen Politik die unausweichliche Folge der Krise des Wohlfahrtsstaates sei. Das *erste*, vertrauteste und in gewisser Weise bereits kanonische Erklärungsmuster sieht die Wurzeln der Krise im Übergang der SPD von der Klassenpartei zur Volkspartei und damit zur Staatspartei. Als neueres Beispiel dieser in klassischer Weise von W. Abendroth (1978) formulierten These mag folgende Behauptung ausreichen:

»Sie droht allen programmatischen Formeln zum Trotz zur Staatspartei insofern zu werden, als sie von ihrer Repräsentanz her Teil einer abgehobenen und letztlich exekutivistischen oder exekutivistisch bezogenen Elite wird, ohne das Ziel und die Möglichkeit der breiten Mobilisierung und der tatsächlichen demokratischen Legitimation über die Wahltage hinaus.«
(Narr/Scheer/Spöri 1976; 12)

Die Irrwege der »Staatspartei« (und damit die Wurzeln ihrer Verstrickung in den Maschen der gegenwärtigen Krise) beständen also in der Entpolitisierung und Passivierung der Massen: in erster Linie, versteht sich, der Arbeiterklasse.

Das *zweite* Erklärungsmuster unterstreicht hingegen den von der SPD in der Nachkriegszeit vollzogenen Bruch gegenüber der – allerdings bereits ausdrücklich revisionistischen und institutionalistischen – Sozialdemokratie der 20er Jahre als eine positive Wende. Der

entscheidende Einschnitt müsse in der Schwerpunktverlagerung der Parteipolitik hin zu den institutionellen Funktionen der *Sozialpolitik* gesehen werden – unter der Voraussetzung der Anerkennung der ökonomischen Grundregeln des kapitalistischen Systems (verstanden als »Marktwirtschaft«): In diesem (geglückten) Salto mortale liege der Schlüssel für die schnelle Verwandlung der SPD von einer Arbeiterpartei, die noch bestimmt war durch eine Subkultur der Opposition mit dem deutlichen Stempel der »negativen Integration« (Groh, 1973) in die Tradition des preußischen *Obrigkeitsstaats* (als Prototyp des autoritär beschützenden Wohlfahrtsstaats), zu einer Regierungspartei, die offen ist für eine Vielzahl organisierter gesellschaftlicher Interessen. Gian Enrico Rusconi bemerkt in diesem Zusammenhang:

»Die SPD ist zu einer Art 'politischen Vermittlungsagentur' für die Klasse der abhängig Beschäftigten in ihrer Gesamtheit geworden. Damit wandelte sich auch die Bedeutung des Begriffs 'Sozialismus': Nunmehr wird darunter verstanden eine Kombination aus rechtlich garantierter sozialer Sicherheit und der Kompetenz (der SPD) in der Regierung und Verwaltung einer komplexen Industriegesellschaft.«

(Rusconi, 1980 (a); 46)

Jenseits der gegensätzlichen Bewertung werden in beiden Schemata die nach der Wende von 1959 eingetretenen Veränderungen in der sozialdemokratischen Partei auf gleiche Weise beschrieben: nämlich als Institutionalisierung, die auf dem definitiven Abschied von der marxistischen Typologie der »Klassenpartei« beruht.

Man könnte hier noch anmerken, daß der theoretische Interpretationsrahmen der beiden Schemata, den wir skizziert haben, von einem begrifflichen Gegensatzpaar (Klassenpartei – Regierungspartei) beherrscht wird, das sich inzwischen bereits in die politische Alltagssprache übertragen hat: Der Gegenpol zur »Klassenpartei« wird mit »Regierungspartei« angegeben, verstanden als Weiter- (oder Zurück-) Entwicklung der Massenpartei zur »Allerweltpartei« (wogegen, wenn man die Definition auf der Ebene des politischen Diskurses hält, streng logisch das Gegensatzpaar Regierungspartei – Oppositionspartei sein müßte). Aber nicht hier liegt der entscheidende Punkt, sondern in den allgemeinen Implikationen dieses Interpretationsmusters: Wenn das beiden Thesen gemeinsame diagnostische Schema korrekt wäre, dann wäre es nämlich legitim, in den aktuellen Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung des sozialdemokratischen »Kompromisses« (als besonderer Ausprägung, aber auch als Sinnbild der politisch-institutionellen Strukturen des Sozial-Staates) den Ausdruck einer historischen Strukturkrise zu erblicken, die gekennzeichnet wäre durch die Rückkehr der harten Gesetze der Ökonomie – vom Wiederauftauchen also jener undurchschauten Mechanismen, von denen der Sozialstaat sich eingebildet hatte, sie in den Rang eines reinen Subsystems verbannen zu können. Es wäre also wieder einmal die ökonomische Krise, der »alte Maulwurf« der letzten Instanz, der an den Wurzeln der Krise wühlte. Dieser theoretischen Aporie entgehen nicht einmal die differenziertesten Versionen des Theorems der »Legitimationskrise«, die eine *direkte* logisch-historische *Abhängigkeit* zwischen Krise des Marktes, Krise des keynesianischen Staates und gesellschaftlicher Krise (die sich nunmehr auf die Ebene der »Motivationskrise« verlagert habe) postulieren. Auch hier werden die neuen staatlichen Funktionen stilisiert zum bloßen Reaktionsmechanismus auf die *Disfunktionen* des ökonomischen Bereichs – über eine »kompensative Planung«, die eingreift, um die vom Marktautomatismus offengelassenen Lücken zu füllen:

»Der in den Reproduktionsprozeß einbezogene Staat hat die Determinanten des Verwertungsprozesses selbst verändert. Auf der Grundlage eines Klassenkompromisses gewinnt das administrative Sy-

stem eine begrenzte Planungskapazität, die im Rahmen der formaldemokratischen Beschaffung von Legitimation für Zwecke reaktiver Krisenvermeidung genutzt werden kann.«
(Habermas, 1973; 87)

Es verwundert darum nicht, daß in der Entwicklung dieses Ansatzes dann auch die alten Umriss der 'Endkrise' des Kapitalismus wieder auftauchen:

»Die eigentliche, und vielleicht einzig interessante Frage ist die, ob die ökonomischen Probleme einen solchen Umfang annehmen, daß dieses Modell, das von 'kleinen Krisen' lebt, nicht mehr funktionieren kann und somit eine Krise von klassischen Dimensionen eintreten wird.«
(Habermas, 1981; 500)

Ohne wesentliche Veränderungen taucht dieses Schema in eurokommunistisch inspirierten Versuchen wieder auf, ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen Niedergang des welfare-state und Krise der Sozialdemokratie theoretisch zu systematisieren. Hierbei wird vor allem der Akzent auf den »kompromittierenden« Charakter des politischen Abkommens zwischen »Bourgeoisie« und »Arbeiterklasse« gelegt, das die Grundlage des sozialdemokratischen Modells bilden soll: Dieses wiederum wird in direkten Zusammenhang mit der Entstehung und Entwicklung des »keynesianischen Staates« gebracht. Der keynesianische Sozialstaat wird dann wiederum verstanden als der weitestgehende Horizont der Vereinbarkeit von gleichzeitigem Wachstum des Massenkonsums einerseits und Aufrechterhaltung der vom kapitalistischen System gesetzten strukturellen Grenzen (nämlich: privater Charakter der Aneignung) andererseits:

»In diesem Sinne stellt der keynesianische Staat eine 'große Antwort' auf die Krise dar, da er das Maximum an Vergesellschaftung der Probleme von Produktion und Konsum verwirklicht, das mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln (oder besser dem grundlegend privaten Charakter der Produktion) vereinbar ist. (...) Der keynesianische Kompromiß bildet die Grundlage des politischen Abkommens, das das Kräftegleichgewicht zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der Sozialdemokratie gesteuert hat.«
(Barcellona, 1980; 181)

Analoge Überlegungen finden sich – mit besonderer Bezugnahme auf die schwedische Sozialdemokratie – im neuesten Buch von Christine Buci-Glucksmann und Göran Therborn, »Le défi social-democrate«:

»In ihren 44 Jahren an der Macht entwickelt die schwedische Sozialdemokratie eine kohärente Gesamtstrategie einer Umverteilungspolitik durch den Welfare-state, in der der öffentliche Sektor und der beständig steigende Anteil des staatlichen Budgets am Bruttosozialprodukt als 'Widerpart' zu einem monopolistischen Privatsektor mit beständig steigender Konzentration dient. Ohne Antastung der Produktions- oder Machtverhältnisse konstruiert sie einen *Sozialstaat* der gesellschaftlichen Umverteilung, der als Ort politischer Kompromißbildung funktioniert – als *historischer Kompromiß im Dreiecksverhältnis* von Staat, Unternehmertum und Gewerkschaft.«
(Buci-Glucksmann/Therborn, 1981; 36)

Auf der Grundlage einer in vieler Hinsicht verwandten Argumentation kommt ein linker amerikanischer Forscher zur drastischen Schlussfolgerung,

»daß die Widersprüche der Sozialdemokratie aus ihrem *immanent verfehlten* Versuch entspringen, das Unlösbare zu lösen: also ein politisches Programm zustandezubringen, das gleichzeitig für die Kapitalisten und für die Arbeiterklasse akzeptierbar sei. Das Unterfangen war mutig und hat einen überraschenden Erfolg gehabt, aber dieser war besonderen Bedingungen geschuldet.«
(Wolfe, 1979; 138. Hervorhebung von uns, A.B./G.M.)

Wahrscheinlich wären alle diese Autoren ziemlich überrascht, wenn sie feststellen müßten, daß dieses ihr Interpretationsschema der Krisenfaktoren des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses sich heute in fast allen programmatischen Erklärungen der sozialdemokratischen Parteien selbst wiederfindet. Der von der österreichischen sozialdemokratischen Partei für ihren Kongreß von 1978 erarbeitete Programmentwurf (der das Programm von 1958 ersetzen sollte) enthält gerade ein Kapitel mit dem Titel *Kapitalismus in der Krise*, in dem es – nach der einleitenden Bekräftigung des alten marxistischen Prinzips »Probleme entstehen vor allem aus den wirtschaftlichen Verhältnissen« – heißt:

»In der Krise des Kapitalismus werden die Grenzen des Wohlfahrtsstaates sichtbar: Einerseits stehen nur bei Wirtschaftswachstum ausreichend Mittel zur Verfügung, um die nötigen öffentlichen Investitionen zu finanzieren und sozialpolitische Fortschritte zu erzielen; andererseits verfügt der Staat gegenwärtig nicht über jene Eingriffsmöglichkeiten, die erforderlich wären, um krisenfreies Wachstum dauerhaft gewährleisten zu können. In einem System vorwiegend gewinnorientierter unternehmerischer Entscheidungen sind die Grenzen staatlicher Steuerungsmöglichkeiten bald erreicht.«
(Programmentwurf der SPÖ, in: Matzner, 1978; 182)

Aber es kommt natürlich darauf an, das ideologische Selbstverständnis der Sozialdemokratie nicht mit der Wirklichkeit ihrer praktischen Politik zu verwechseln, und die in Parteiprogrammen geäußerten Schwierigkeiten nicht für die tatsächlichen Schwierigkeiten zu halten, denen sich heute ihr Modell gegenübersteht. Wie wir sehen werden, bestehen diese Schwierigkeiten nicht in einer Rückkehr der – gezügelten oder verdrängten – Voraussetzungen des »wildwüchsigen« Funktionierens der kapitalistischen »Marktwirtschaft«, sondern sind eher das *Produkt* der sozialdemokratischen Eingriffe in eine ganze historische Phase des »politischen Zyklus«. Die Ergebnisse dieser Eingriffe haben zu einer komplexen ökonomisch-institutionellen Struktur geführt, deren Entwicklungsprobleme weder (wie dies Christine Glucksmann tut) mit einer neuerlichen Ausweitung des gramscianischen Begriffs der »passiven Revolution« begriffen werden können noch mit der Projektion eines Aspektes der Krise der Demokratie, der für die 20er Jahre eigentümlich war, auf die heutige Phase, nämlich des Widerspruchs zwischen staatlicher Politik und privater Aneignung. Die »halbierte Souveränität« – aufgeteilt zwischen demokratischem Staat (charakterisiert durch die Achse Parlament – Regierung) einerseits und Zentralbank und Unternehmertum (und den ihnen angeschlossenen sozialen Kräften) andererseits – stellt jedoch eine Eigentümlichkeit der Krise dar, die der Entstehung des Welfare-state *vorausging*, wie dies (mit größerer argumentativer und Quellenbasis) Karl Polanyi (1977) und Otto Kirchheimer (1941) nachgewiesen haben.

3.

Die 'neuen' Paradigmata, die bisher von der Kultur der Linken angeboten wurden, um die Krise des Sozialstaats zu erklären, überwinden also in Wirklichkeit die ökonomistischen Grenzen der traditionellen marxistischen Interpretationen der allgemeinen Krise keineswegs; sondern dehnen sogar noch die ursprünglichen Erklärungselemente des ökonomistischen Paradigmas unzulässig aus, um damit – gemäß einem kumulativen Modell zunehmender Erklärungskraft – nunmehr sowohl die politisch-institutionelle Ebene als auch die subjektiv-motivationsbezogene Ebene der »Legitimation« erreichen zu können. Pierre Rosenvall hat hier völlig recht, wenn er darauf hinweist, daß der »klassische marxistische

Diskurs über die Krisen und Widersprüche des Kapitalismus« alle traditionellen liberalen Spekulationen über die quasi-natürlichen *objektiven Grenzen* des Wohlfahrtsstaats reproduziert: von Léon Say im 19. Jahrhundert bis zu Colin Clark im 20. Jahrhundert sind die Grenzen der Staatsintervention schon häufiger behauptet als tatsächlich erreicht worden, während sie sich in Wirklichkeit immer weiter verschoben haben (vgl. Rosenvallon, 1981; 52). Ändert sich das Bild sehr, wenn nunmehr die neuen »Lesarten« uns versichern, daß wir heute an die »wahren« Grenzen des Staatsinterventionismus stoßen? Es wäre wahrhaft ein Trauerpiel, wenn zu diesem Thema die Diskussion der Linken noch hinter das Niveau zurückfallen sollte, das Ende des vergangenen Jahrhunderts sogar dem »Kathedersozialisten« Adolph Wagner bereits klar war, der nämlich begriffen hatte, daß die ökonomischen Fesseln und die finanziellen Hindernisse immer überwindbar sind, da sie nichts anderes zum Ausdruck bringen als bestimmte historische Gleichgewichtsstrukturen im »Prozeß der Zivilisation«, und daß die wahren Grenzen (und effektiven Scheidelinien) vielmehr sozialer und kultureller Natur sind.

Auch hier stimmen wir Rosenvallon zu, wenn er feststellt, daß der »eigentliche Gegenstand der Frage nach der Zukunft des Sozialstaats die Gesellschaft selbst« sein muß, bzw. »der Grad an Gestaltbarkeit der gesellschaftlichen Beziehungen«. Und vor allem sind wir mit seiner Schlußfolgerung einverstanden, »daß die aktuellen Probleme des Wohlfahrtsstaates als soziologische und politische Probleme angegangen werden müssen, und zwar über eine Analyse der Art und Weise, in der der Staat das gesellschaftliche Feld auseinandernimmt und neu zusammensetzt und damit die Verhältnisse zwischen den Individuen formt« (ebd.). Wir fügen hinzu, daß der 'Grad an Gestaltbarkeit' der sozialen Beziehungen nur bestimmt werden kann, wenn man jene Interaktion zwischen politischem System und Gesellschaft untersucht, die im Verlaufe der Entwicklung des Welfare-state die sozio-kulturellen Identitäten der Subjekte ebenso umgestaltet hat wie das Gesamtsystem ihrer Wechselbeziehungen.

Dieser Gesichtspunkt hat für unseren Untersuchungsgegenstand präzise Folgen. Das »Herz« des sozialdemokratischen Kompromisses besteht weder in einem einfachen Akzeptieren der Marktmechanismen als einem System vorab feststehender Regeln noch in einer – durch Erneuerung und Rationalisierung von Vermittlungs- und Integrationsfunktionen bewährten – Stützung einer »neuen bürgerlichen Form der Politik«. Wir wollen damit keinesfalls die Existenz von Krisenelementen und -faktoren im sozialdemokratischen Modell leugnen, sondern vielmehr die Notwendigkeit betonen, diese Krisenmomente aus einer anderen Auffassung sowohl seiner Prämissen als auch seiner Konsequenzen zu begreifen. Diese Notwendigkeit wird heute auch von jenen Politikern/Intellektuellen bemerkt, die wie Peter Glotz (1980) damit begonnen haben, die Sackgasse der SPD-Politik jenseits der klassischen topologischen Schemata des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Staat, zwischen struktureller Krise und institutioneller Unregierbarkeit anzugehen.

4.

Aus dem Gesagten müßte bereits deutlich hervorgehen, in welche Richtung die zentralen Thesen dieser Arbeit gehen:

Erstens, wir gehen von der allgemeinen Annahme aus, daß sich die Sozialdemokratie nicht darauf beschränkt hat, den ökonomischen Mechanismus des Kapitalismus abzustützen,

sondern daß sie seine Bewegungsgesetze und seine Funktionsweise tiefgreifend verändert hat, indem sie neue Regeln und neue Sachzwänge eingeführt hat, die sich von den »Reformen« der Vergangenheit grundlegend unterscheiden.

Zweitens behaupten wir, daß diese Umgestaltung zur Konstruktion eines gegliederten Systems industrieller Beziehungen geführt hat, für das man die Definition »Neokorporatismus« übernehmen kann, aber nur unter der Bedingung, diesen Ausdruck von jedem wertenden Unterton zu befreien.

Drittens behaupten wir – und das ist der zentrale Punkt unserer Argumentation! –, daß diese tiefgreifenden Veränderungen des Marktmechanismus und des Systems der industriellen Beziehungen nur aufgrund der engen Bindung verwirklicht werden konnten, die die SPD (aber dies gilt auch für die anderen Erfahrungen mit sozialdemokratischen Regierungen in der Nachkriegszeit) mit dem zentralen Kern der industriellen Arbeiterklasse aufrechterhalten hat. Der Kernpunkt der hier aufgestellten These besteht demnach in der Behauptung, *daß die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Praxis als »Regierungspartei« (oder gar als »Staatspartei«) zur Beständigkeit ihrer Verankerung in der industriellen Arbeiterklasse nicht in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis steht, sondern sich als direkt proportional dazu erweist.* Und dies gilt nicht allein von einem rein organisationssoziologischen Gesichtspunkt aus (obwohl die Organisationssoziologie detailliert die überdurchschnittliche Präsenz der Arbeiterklasse unter den Mitgliedern und der Wählerschaft der SPD verzeichnet), sondern von einem politischen und gesellschaftlichen Gesichtspunkt aus: Indem die Sozialdemokratie den Kern der industriellen Arbeiterklasse in den Mechanismus institutionalisierter Verhandlungen eingefügt hat, hat sie gleichzeitig seine »kulturelle« Identität völlig umgebildet und ihn von einem bloßen Forderungs- und konfliktuellen Subjekt zu einem Subjekt des politischen Tausches umgestaltet.

Dies bedeutet gegenüber der Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit drei wichtige Neuerungen:

a) Die Entwicklung von Begriff und Praxis der »Sozialpolitik« von der alten Idee der *Sozialreform* – im Sinne einer Utopie der Umverteilung und der rein quantitativen Zunahme der Schutz- und Hilfsfunktionen des Gesetzgebers – hin zu einer Selektion spezifischer Felder staatlicher Intervention nicht nur auf dem Gebiete der organisatorischen Ausprägung des Sozialstaates, sondern auch der Intervention in die Funktionsdynamik der Gesellschaft und der Ökonomie.

b) Der Staat stellt nicht mehr nur, wie in den Theorien von Hilferding oder Renner, den Stützfeiler und rechtlichen Rahmen für die Sozialisierung dar – die verstanden wurde als fortschreitende Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft –, sondern wird selbst zum Bestandteil und dynamischen Faktor des Systems der industriellen Beziehungen. (Hier ist die Aufnahme des Keynesianismus durch die SPD anzusetzen, eines Keynesianismus, der auch gegenüber anderen sozialdemokratischen Regierungserfahrungen, v.a. in Großbritannien und Schweden, eine spezifische – deutlich anti-inflationistische und auf ökonomische Sachzwänge bedachte – Ausprägung hat.) Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, daß die SPD in der Nachkriegszeit vor allem die fortgeschrittensten Themen ihrer eigenen Weimarer Tradition wiederaufnimmt, vor allem, was die arbeitsrechtlichen Analysen (Sinzheimer, Kahn-Freund) und die auf »Beteiligung« ausgerichteten Überlegungen zur *Demokratisierung der Wirtschaft* betrifft.

c) Die Vorrangstellung der Idee der *Sozialpolitik* erhält ihre Bedeutung vornehmlich im Kontrast zur traditionellen Auffassung der Strukturreformen, die verstanden wurden als

externes Eingreifen der [demokratisch delegierten und insofern gegenüber der Privatwirtschaft] »unabhängigen« Funktion von öffentlicher Hand und Gesetzgeber in die Wirtschaft. Wenn nun die Ideologie der heutigen Sozialdemokratie auch ein abgedroschenes und banales Mischmasch aus ökonomistischen Allgemeinplätzen und Schlagwörtern einer universalistischen Ethik darstellt, so ist doch ihre Praxis von außerordentlicher, überpolitischer Präzision. Sie zielt zunächst auf eine Modernisierung des politischen Systems, die sich letztendlich als »Kolonialisierung der Lebenswelt« (Habermas) gegenüber anderen gesellschaftlichen [Sub-]Systemen durchsetzt: Als Kolonialisierung erweist sich die Form der sozialdemokratischen Modernisierung gegenüber all jenen Systemen gesellschaftlicher Verhältnisse und gesellschaftlichen Verhaltens, die der SPD als Auswüchse, Fehlverhalten oder rückständige Reste gelten, und die daher auf die Sprache der industriellen Arbeiterschaft vom »Wert der Arbeit« und vom »Gemeinwohl« reduziert werden müssen: unter diesem Gesichtswinkel kann man durchaus einige Schlußfolgerungen wiederaufnehmen, zu denen – allerdings, wie wir sahen, über einen anderen theoretischen Zugang – die Interpretationen der sozialdemokratischen Krise als »Legitimationskrise« gelangen (vgl. Habermas, 1979; 13, 28ff.). Wie wir unten noch sehen werden, entwickelt sich diese abstrakte Vorstellung von Modernisierung, die der sozialdemokratischen »Staatsfixierung« zugrundeliegt, unter dem Vorzeichen des Primats der Verwaltung gegenüber dem Moment der politischen Entscheidung. Im Gegensatz also zu den Annahmen einiger italienischer Theoretiker zum *Modell Deutschland* ist auch in der Nachkriegszeit der geistige Mentor für den mitteleuropäischen Neo-Etatismus der Sozialdemokratie nicht Carl Schmitt, sondern Karl Renner. Im engen Zusammenhang mit diesen Veränderungen hat nun ein tiefgreifender Wandel in der SPD als Partei eingesetzt. Dieser betrifft nicht so sehr ihre innere Struktur (Gliederung in drei *Arbeitsgemeinschaften*: Jugend, Frauen, Arbeitnehmer); und auch nicht vorrangig ihre Beziehungen zur Sozialstruktur der Bevölkerung (denn die SPD bleibt, trotz ihrer um die Mitte der 60er Jahre von den deutschen Wortführern der Ideologie vom Verschwinden der Arbeiterklasse geprägten und verbreiteten offiziellen Ideologie, eine in hohem Maße »operaistische« *Partei »der Arbeitnehmer«*); der Wandel der Rolle der sozialdemokratischen Partei betrifft vielmehr ihre Schlüsselfunktion, die sie heute innerhalb des politischen Systems ausübt: als Schiedsrichter und als Garant des Austausches zwischen Staat und Gesellschaft.

Gian Enrico Rusconi hat sehr gut beobachtet, in welchem engem Maße die Regierungsfähigkeit der SPD gebunden bleibt an ihre Funktion der aktiven (also nicht alleine durch Wahlen vermittelten) Repräsentation der Arbeiterklasse auf dem Felde der politischen Verhandlung. Aber genau aus diesem Grunde scheint es uns falsch, als den Schlüssel der sozialdemokratischen Strategie den »Abschied von jeglichem Projekt der Umwandlung des kapitalistischen Systems« anzusehen – so daß wir das »Programm einer typischen fortschrittlichen Volkspartei« vor uns hätten, das sich zusammensetzt »aus einer Summe von Initiativen, die die herkömmlichen Klassenschichtungen durchqueren«, wobei gleichzeitig jedoch all diese Initiativen beschränkt seien auf den Bereich der Sozialpolitik, »verortet auf der Seite des 'Sozialen', wobei genau jede Initiative ausgeschlossen bleibt, die darauf zielt, die Strukturen und Funktionsweisen des ökonomischen Systems infrage zu stellen« (Rusconi, 1980 (a); 46, 64f.).

Wie weit aber kann man das Schlußaxiom des deutschen sozialdemokratischen Modells an der Formel festmachen, daß sie das gegebene System (und seine Gesetze: Produktionsweise, Zirkulation, Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse) *tout court* akzeptiert ha-

be? Sicher tendiert innerhalb der industriellen Beziehungen des Sozialstaates die Ökonomie dahin, sich als ein Subsystem mit eigenen Regeln und eigener Funktionsweise zu etablieren. Dieser Aspekt findet sich auch im deutschen Typ der Verwirklichung des Welfare-state wieder, wie dies die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Grundsatzdokumente selbst anerkennen. Dennoch ist es falsch, daraus den Schluß zu ziehen, die Sozialdemokratie habe *faktisch* die Gesetze des »Marktsystems« als eine Art von Apriori oder unantastbarer Voraussetzung akzeptiert. Diese Regeln werden nämlich umgekehrt durch das politische Eingreifen grundlegend modifiziert. Wenn daher die SPD heute die Autonomie des Funktionierens der *Marktwirtschaft* nicht nur akzeptieren, sondern sogar garantieren kann, so deshalb, weil die Marktwirtschaft schon seit langem aufgehört hat, für das Gesamtsystem die beherrschende Rolle der Totalität zu spielen, sondern in der umfassenden Dynamik des Gesellschaftssystems eben als *Subsystem* funktioniert. Hier muß auch der Grund dafür gesucht werden, daß das sozialdemokratische Modell von allen Kritiken orthodox-marxistischer Prägung nicht durchdrungen werden kann.

Auf eine ähnliche Grenze stößt auch ein interessanter französischer Beitrag, der gleichwohl das Verdienst hat, einen an historischen Bezugspunkten reichen und von den üblichen Vorurteilen freien Schlüssel zum Verständnis der Sozialdemokratien an die Hand zu geben (mit besonderer Aufmerksamkeit auf die politisch-organisatorischen Entwicklungen der SPD). Die Autoren erfassen sehr gut, daß die Sozialdemokratie heute eine gleichzeitig gegliederte und einheitliche Struktur darstellt, die große Organisationen mit vielfältigen Verzweigungen zusammen führt – deren wichtigste offenkundig die Gewerkschaftsorganisation ist. Dieses dichte Netz von Verbänden und Vereinen erlaubt es ihr,

»über ein ganzes Spektrum lokaler Organisationen den Kontakt mit den Arbeitern aufrechtzuerhalten und auf diese Weise die Rolle eines Vermittlungsagenten für Informationen und gesellschaftliche Bedürfnisse zu spielen. Als Instrument der gesellschaftlichen Integration ist diese verzweigte Struktur heute gleichzeitig eine Machtstruktur. (...) Die sozialdemokratischen Parteien sind also nicht nur, wie man sie sich meistens in Frankreich vorstellt, bloße Wahlmaschinen, die auf die Eroberung der Macht ausgerichtet sind. Grundlegend stellen sie eine beständige Verbindung zwischen dem Staat, der Welt der Politik, und der Gesellschaft her (...). Auf der einen Seite stellen die Massenorganisationen den Träger und die lebendige Kraft der Bewegung dar, während am entgegengesetzten Pol Parlament und Regierung in engster Verbindung mit den Gewerkschaftsführern die Ausrichtung und Führung der Bewegung sichern.«

(Bergounioux/Manin, 1979; 157f.)

Die Analyse der beiden Autoren arbeitet prägnant die hervorstechenden Etappen des Wegs heraus, den die politische Kultur der Sozialdemokratie seit dem ersten Weltkrieg zurückgelegt hat und den wir in der Formel »von Hilferding bis Keynes« zusammenfassen können: vor allem machen sie den Beitrag deutlich, den die Arbeiten von Myrdal für die schwedische Sozialdemokratie bedeutet haben, und der sich in den Jahren der Emigration auch auf die SPD übertragen sollte.

Die Auseinandersetzung mit dieser tiefgreifenden kulturellen Erneuerung der Sozialdemokratie ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine Gesamteinschätzung ihrer Handlungsweise, vor allem um zu begreifen, wie die in den 20er Jahren eingeführte Thematik der Sozialisierung sich schließlich – über die Vermittlung von Myrdal und Beveridge – freimachte vom Axiom der Nationalisierung der Produktionsmittel als Vorzug und unverwechselbares Markenzeichen einer Strategie des Übergangs zum Sozialismus.

»Was wir wollen«, schrieb Myrdal um die Mitte der 30er Jahre, »ist, ohne eine Doktrin, die

uns blind macht, aber auch ohne falsche Vorurteile, all das zu unternehmen, was wir vernünftigerweise tun können, um zu höherer Stabilität der Wirtschaft zu gelangen. Und das ist es, was wir unter Sozialisierung verstehen.»

Nicht anders lautet die Schlußfolgerung von Beveridge dort, wo er die zukünftige Philosophie der Labour Party des *Full Employment in a Free Society* formuliert und eine zentrale Überlegung aus Keynes' *General Theory* aufgreift:

»Ich bin deshalb der Auffassung, daß eine Sozialisierung einer gewissen Mindestmenge der Investitionen sich als das einzige Mittel erweisen wird, um der Vollbeschäftigung näher zu kommen; wenngleich damit noch keineswegs jede Art von Notbehelf und von Kompromissen ausgeschlossen werden kann, deren sich die öffentliche Autorität bei ihrer Zusammenarbeit mit der privaten Unternehmerinitiative bedienen muß. Über jenes Mindestmaß hinaus aber sehe ich keine weitere Notwendigkeit für ein System des Staatssozialismus, daß den größten Teil des Wirtschaftslebens der Gemeinschaft umfaßt. Es kommt nicht darauf an, daß der Staat das Eigentum der Produktionsinstrumente selbst übernimmt.«

(Keynes, 1971; 521f.)

An diese Lektion hält sich Beveridge, wenn er die Möglichkeit »einer Sozialisierung der Nachfrage ohne Sozialisierung der Produktion« behauptet.

Wir haben oben von einem aporetischen Element in der Analyse der beiden französischen Autoren gesprochen. Dies wird offenbar in der Schlußfolgerung, zu der sie gelangen:

Das »Herz des Kompromisses« des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats, das Prinzip »dieses Gleichgewichts lag im Vorrang, den die Sozialdemokraten den sozialpolitischen als Instrumenten der Gesellschaftsveränderung gegenüber den ökonomischen Strukturformen einräumen: Dies implizierte *das Akzeptieren der Logik des Kapitalismus*, aber auch eine Teilung der Macht«.

(Bergounioux/Manin, 1979; 79, Hervorhebung von uns, A.B./G.M.)

Die Aporie dieser Position ebenso wie andere Positionen, die das orthodoxe Erklärungsmuster der gekoppelten »Krise des Wohlfahrtsstaates/Krise der Sozialdemokratie« mit umgekehrten Vorzeichen übernehmen, liegt unserer Ansicht nach in dem irrigen Glauben, man könne nach den großen Transformationen, die der Kapitalismus in diesem Jahrhundert erlebt hat, noch eine homogene und synthetische Definition der »Logik des Kapitalismus« vorbringen. Gerade wenn man die Marxsche Analyse der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer inneren »Gesetzmäßigkeit« zum grundlegenden Bezugrahmen nimmt, werden die tiefgreifenden Modifikationen der Formbestimmtheit deutlich, die der Kapitalismus in den letzten hundert Jahren erfahren hat: angefangen von den großen technologischen Revolutionen, über den Funktionswandel der Figur des kapitalistischen Unternehmers – die sich mit der Institutionalisierung des Prozesses der Trennung zwischen Eigentum und Kontrolle der Produktionsmittel trifft – bis hin zur (auf die Krise von 1929 folgenden) durchgängigen Politisierung von Bereichen, die zuvor von den Automatismen des selbstregulativen Marktes »neutralisiert« worden waren. Im Verlaufe dieser Transformationen qualifiziert sich die Funktion des Staates zu weit mehr als einem bloßen Bindemittel für »Gegentendenzen« [zum Fall der Profitrate] (wie dies alle »fundamentalistischen« Interpretationen der kapitalistischen Entwicklung postulieren) oder einer kompensativen Planung, die nur *ex post* zur Ausfüllung der Lücken des Marktes in Aktion tritt: Die Funktion des Staates hat sich vielmehr erwiesen als eigenständiger *Ort der Produktion und der Umformung der »gesellschaftlichen Komplexität«*; dabei bestimmt der Staat das Diagramm seiner eigenen Funktionen beständig neu innerhalb eines konfliktuellen Beziehungs- und Austauschsystems, das eine intern gegliederte und differenzierte Vielfalt politischer Subjekte umfaßt.

Gegenüber diesem spezifischen und komplexen Rahmen verlieren Globalformeln wie die »linke Kritik am Sozialstaat« (oder ähnliche) unausweichlich jenen Zug von Selbstverständlichkeit, den sie innerhalb einer rein politisch verstandenen Auseinandersetzung zwischen 'Links' und 'Rechts' noch gehabt haben mögen. Und die Berufung auf eine »postkeynesianischen Sozialismus« dient heute nurmehr als Feigenblatt für die Schwierigkeiten, denen sich eine in klassisch-marxistischen Begriffen durchgeführte Analyse gegenüberzieht, wenn sie mit der heutigen Wirklichkeit eines postkeynesianischen *Kapitalismus* fertig werden will.

5.

Worin bestehen nun die Charakteristika des sozialdemokratischen Modells der industriellen Beziehungen? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir uns auf die kontroverse Frage des Neokorporatismus als Schlüssel für eine vergleichende Analyse zeitgenössischer politischer Systeme einlassen. Einverstanden sind wir hier mit den Bemerkungen von Gino Gignani (1981; 33), darauf zu achten, das hermeneutische Schema vom Neokorporatismus nicht über ein erträgliches Maß an analytischer Brauchbarkeit hinaus zu strapazieren: In der Tat wäre es sowohl theoretisch wie politisch abwegig, wollte man in einem Überschwang an 'vergleichender Lehre' die beträchtlichen Unterschiede in (demokratischer oder autoritärer) Regierungsform und institutioneller Ausprägung der verschiedenen Varianten des »Wohlfahrtsstaats« über einen Kamm scheren. Gleichwohl mag es insofern von Nutzen sein, die gemeinsamen Nenner jener strukturellen Gleichförmigkeit herauszustellen, die die verschiedenen Erfahrungen von Modernisierung/Säkularisierung über den wachsenden – zunächst beschützenden, dann sozial unterstützenden – Eingriff des Staates verbinden, als dadurch vor allem diejenigen Faktoren deutlich werden, die die heutigen Formen von »Sozialpakt« in die Krise versetzen oder sie in die Richtung einer »autoritären Demokratie« verhärten. In einem ähnlichen Argumentationszusammenhang hat Antonio Pedone (1981; 60) treffend bemerkt, wie vereinfachend das Schema ist,

»daß die neuere Ausweitung der überwiegenden Charakteristika des Wohlfahrtsstaats auf das demokratische System zurückführt. (...) Abgesehen von der Schwierigkeit den Grad an Demokratie in einem gegebenen Lande zu definieren und zu erklären, warum Regimes, die sich gleichermaßen als demokratische definieren, sehr unterschiedliche Niveaus an öffentlichen Ausgaben für sehr unterschiedliche Zwecke aufweisen, und warum auch als undemokratisch angesehene Regimes sowohl eine beschleunigte Ausweitung des Wohlfahrtsstaats versucht als auch eine noch schleunigere Unzufriedenheit mit seinen Resultaten erfahren haben«.

Von außerordentlichem Interesse sind unter diesem Gesichtswinkel die von Gino Germani vorgenommenen Paralleluntersuchungen über die Modernisierungstrends der heutigen Massengesellschaften (wobei er vor allem in einigen lateinamerikanischen Ländern eine autoritäre Form von Sozialstaat feststellt). Der perspektivische Punkt, von dem aus er die verschiedenen Äußerungsformen des besonderen Typus von Säkularisierung untersucht, den der Wohlfahrtsstaat darstellt, besteht genau in jenem neokorporatistischen Muster, dessen unterscheidende Merkmale vor allem im Bedeutungszuwachs der institutionellen Rolle der Gewerkschaft und in der Ausbreitung von Formen der Beteiligung liegen (vgl. Germani, 1980).

Die Überlegungen zum neokorporativen Modell verweisen natürlich auf die Diskussion

über den »korporativ-pluralistischen« Staat, wovon die sozialemokratische Kompromißpolitik eine besondere Ausprägung darstellt. Der durch dieses Muster repräsentierte Form- und Funktionswandel des Staates entzieht sich den Kategorien der klassischen liberalen Kritik an der Klassengesellschaft, die heute – mit anarchistisch-libertären Verästelungen – von einer gewissen *nouvelle vague* in der Kultur der Linken wieder aufgefischt werden. Die Charakteristika dieser Transformation des Staates wurden prägnant zusammengefaßt in einem wichtigen Aufsatz von Ernst-Hasso Ritter, der den bezeichnenden Titel *Der kooperative Staat – Bemerkungen zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft* trägt:

»War die pluralistische Gesellschaft in ihrer ersten Phase dadurch charakterisiert, daß sie bei gleichbleibenden ökonomischen Selbstregulierungsmechanismen nur das Subjekt des laissez-faire wechselte, so muß mit dem Übergang zur kooperativen Planung von einer neuen Phase der pluralistischen Gesellschaft gesprochen werden. Es ist die Phase des 'kooperativen Pluralismus' (...). Der Gesellschaft des kooperativen Pluralismus entspricht der *kooperative Staat*. Das ist ein Staat, der sich mit den Gruppen in Zusammenarbeit verbindet, den Großunternehmen, Oligopolen und organisierten Gruppen Zugang in seinen Entscheidungsvorgängen gewährt und der demgemäß die Gruppenmeinungen und Gruppeninteressen als bewegende Kraft der Gemeinwohlprozesse in der pluralistischen Demokratie anerkennt. (...) Reflektiert der Begriff 'kooperativer Staat' zunächst nichts weiter als das pointierte Ergebnis einer Realanalyse, so ist doch unschwer zu erkennen, daß die tatsächlichen Vorgänge der Kooperation zwischen Staat und wirtschaftender Gesellschaft einen Systemwandel in Gang gesetzt haben (...). Der kooperative Staat modifiziert die traditionelle Vorstellungswelt von parlamentarisch-repräsentativer Demokratie. Die Verschränkungen zwischen Staat und Gesellschaft verfestigen sich zusehens zu einem Subsystem politisch relevanter Willensbildung. (...) Das Subsystem bezieht seine politische Kraft aus dem Zwang zum Kompromiß, dem eine auf Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft gegründete Planung nun einmal unterworfen ist. (...) Das kooperative Subsystem tritt somit in Konkurrenz zu den traditionellen Institutionen parlamentarisch-repräsentativer Willensbildung. Verfassungstheoretisch bedeutet dies, daß neben die individuelle Wahlentscheidung gleicher Aktiv-Bürger als allgemeiner Quelle verfassungsrechtlicher Legitimation eine besondere Quelle sozio-ökonomischer 'Legitimation' tritt, die auf der Mitgliedschaft in planungsbedeutsamen Organisationen oder auf dem Besitz planungsgewichtiger Vetopositionen beruht.«

(Ritter, 1979; 408 - 411)

Wie aber können wir – wenn wir über die notwendige, aber nicht hinreichende Allgemeinheit dieses Schemas hinausgehen – die sozialdemokratische Variante des neokorporatistischen Kompromisses definieren?

Der sozialdemokratische Typ des Neokorporatismus könnte definiert werden als eine Form des *zentrierten Pluralismus*. Dies scheint uns eine treffendere und prägnantere Definition zu sein als die des »*begrenzten Pluralismus*«, die jüngst vom Politologen Klaus von Beyme (1979) vorgeschlagen wurde. Was ist nun unter diesem Ausdruck genau zu verstehen? Vor allem soll er anzeigen, daß das treibende politische Zentrum der gesamten politischen Dynamik in der Achse Partei-Klasse liegt, weswegen es keine Übertreibung darstellt, die Logik der sozialdemokratischen Regierungspraxis als ein Stück realen Sozialismus zu beschreiben. Sicher sind die Unterschiede gegenüber dem auf »operaistischer« Grundlage funktionierenden politischen System (vgl. Rita di Leo, 1981), das sich in der Sowjetunion und den meisten Ostblockländern Geltung verschafft hat, beträchtlich: und zwar nicht nur, was den offenkundig politischen Aspekt der Respektierung der pluralistischen Spielregeln und des demokratischen Wechsels und den auf die juristische und Eigentumsordnung bezogenen strukturellen Aspekt angeht, sondern vor allem mit Bezug auf ein relevantes Element der organisatorischen Steuerung der sozialen Beziehungen: Im sozialdemokratischen Modell

stellt die Partei nicht den einzigen Katalysator und die einzige Schaltstelle des Prozesses politischer Entscheidungsfindung dar, sondern agiert immer über einen Prozeß fortlaufender Verhandlungen mit institutionellen Subjekten außerhalb der Partei selbst.

»Anders als im kommunistischen System kommen die Entscheidungsprozesse nicht ausschließlich der Partei zu. Wenn auch die sozialdemokratische Partei offenkundig eine Verbindung zwischen Massenorganisationen und politischer Macht herstellt, so resultieren die politischen Entscheidungen doch aus fortlaufenden Verhandlungen zwischen den Führungsspitzen der Gewerkschaften, der Partei und der Parlamentsfraktion, die manchmal im Gegensatz zum Gewerkschaftsapparat, manchmal zum Parteiapparat steht.«

(Bergounioux/Manin, 1979; 158f.)

Trotz dieser tiefgreifenden Unterschiede zeichnet sich auch das sozialdemokratische Modell wesentlich dadurch aus, daß die Arbeiterklasse in einen Tauschmechanismus eingebaut wird, der nicht nur ökonomischer Lohn-Tausch ist, sondern sozialer und politischer Tausch, innerhalb dessen sie sich als einer der konstitutiven Bestandteile der Funktionsdynamik des gesamten institutionalisierten Systems der industriellen Beziehungen erweist. Hier sehen wir den Kern dessen, was wir »zentrierten Pluralismus« nennen, dessen tragende Achse das Verhältnis Partei-Gewerkschaft darstellt.

Aus diesem Grund gibt es im sozialdemokratischen Modell des »korporatistischen Dreiecks« (Staat – Unternehmen – Gewerkschaft) keine Formen der Autonomie der Gewerkschaftsbewegung in italienischen Sinne. Die Bindungen zwischen Partei und Gewerkschaft sind im Gegenteil förmlich institutionalisiert. Aber eine noch weit entscheidendere Rolle spielen die persönlichen Beziehungen in der Zusammenarbeit sowie die Doppelmitgliedschaft, die für sozialdemokratische Spitzenpolitiker nicht die Ausnahme, sondern die Regel darstellt. In der Bundesrepublik Deutschland sind die Vorsitzenden von 15 Einzelgewerkschaften (von insgesamt 16, aus denen der DGB sich zusammensetzt) Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. Umgekehrt waren allein 12 Minister der ersten Regierung Schmidt ehemalige Gewerkschaftsführer. Weiter: Von den 242 Mitgliedern der in den Wahlen von 1972 (auf dem Gipfel des sozialdemokratischen Wachstumsprozesses) gewählten Bundestagsfraktion waren gute 222 Mitglied in einer der DGB-Gewerkschaften. Den entscheidenden Schlüssel zur Regierungsfunktion der SPD bilden also die Verbindungen, die sie auf allen Ebenen – von den persönlichen Beziehungen zu den Schaltstellen der Verwaltung bis zu den gemeinsamen Finanzierungsquellen – mit dem Gewerkschaftsapparat unterhält, der als Vermittlungsglied zwischen der Partei und dem weiteren Feld gesellschaftlicher Konflikte und Forderungen fungiert. Diese Verquickung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten hat seine extreme Ausprägung im österreichischen Modell der *Konkordanzdemokratie* erhalten, wo nicht nur Regierungsmitglieder mit direkter Verantwortung gewerkschaftlicher Funktionen betraut sind, sondern sogar der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbands Parlamentspräsident ist (vgl. Kreisky, 1979; 25). Die Wirklichkeit dieser Modelle beweist zur Genüge, daß die »partizipatorische« Verschränkung von funktionaler oder Basisdemokratie mit der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie – weit davon entfernt ist, automatisch Wirkungen im Sinne von Demokratisierung des Entscheidungsprozesses zu produzieren (wie dies in den 20er Jahren die theoretischen Modelle Otto Bauers und der austromarxistischen Linken annahmen) – sich perfekt mit der Bildung gewerkschaftlicher und politischer Oligarchien verträgt (vgl. Bergmann/Jacobi/Müller-Jentsch, 1975; Rusconi, 1980 (a), 55 - 62; Bergounioux/Manin, 1979, 156 - 160; Schmidt, 1977, 79 - 94; Matzner, 1978, 36 - 55).

Das Funktionieren des »zentrierten Pluralismus« stellt damit – gerade aufgrund seiner beherrschenden Ausrichtung an der Industriearbeiterschaft – eine praktische Kritik jener Selbstdarstellung der SPD als »Volkspartei« dar, die sowohl von den Kritikern als auch von den Apologeten der Wende von Bad Godesberg für bare Münze genommen wurde. Die gesamte Politik der SPD ist gezeichnet – im doppelten Sinne: *begünstigt* und *eingeeengt* – von der Spannung zwischen den beiden Polen des grundlegenden Arbeitercharakters ihrer Basis und ihrer Regierungs- und »System«-Funktion. Fast ein Jahrzehnt nach Bad Godesberg antwortete Willy Brandt auf dem Nürnberger SPD-Parteitag auf den Vorschlag zur Bildung der *Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen* (AfA) (vgl. dazu Kastendiek, 1978):

»Ein Arbeitnehmerflügel in der SPD ist undenkbar. Arbeitnehmer sind der Körper dieser Partei und kein Flügel. Arbeitnehmer sind bei uns die Masse und keine Randerscheinung.« (Brandt, 1968; 107)

Diese Worte repräsentieren zweifellos ein reales Faktum der deutschen Sozialdemokratie. Aber dieses Faktum stellt selbst wiederum nur einen der beiden Pole des Spannungsfelds der Partei dar. Als politisches Subjekt muß sie sich gleichzeitig sowohl als Arbeiterpartei als auch als Regierungspartei legitimieren, also die doppelte Funktion ausüben, einerseits auf der Ebene des kooperativen (oder neokorporatistischen) Systems zu agieren, andererseits als »Volkspartei« über die Konkurrenz um Wählerstimmen Legitimation zu suchen.

In Momenten politischer Spannung oder politischer Krise machen sich die Strukturen [der 'funktionalen' Repräsentation] des neokorporatistischen Dreiecksverhältnisses tendenziell von den Strukturen der parlamentarischen Repräsentation auf territorialer Basis unabhängig. Aber der Hauptfaktor, der das Gleichgewicht des »zentrierten Pluralismus« selbst bedroht, besteht vor allem in jenen gesellschaftlichen Konflikten, die er selbst hervorbringt – und zwar durch seine rigide Funktionsweise. In dem Maße, wie sie feststellen muß, daß es unmöglich ist, den Prozeß politischer und institutioneller Entscheidungen nach dem Muster einer homogenen Rationalität gesamtgesellschaftlicher Planung durchzuführen, wird auch die Sozialdemokratie selbst zunehmend dazu gezwungen, dieses Dilemma zum Thema ihrer eigenen Reflexion zu machen. Und in dieser Hinsicht hat sie – seit dem Godesberger Parteitag – ihre 'Staatsfixiertheit' [d.h. die Orientierung an der unbefragten Rationalität staatlicher Steuerung] infrage stellen müssen: Die Thematik von Pluralismus und Kompromiß werden nunmehr als feststehende und konstitutive Gegebenheiten sozialdemokratischer Politik aufgefaßt (und nicht als bloßer Ausdruck eines vorübergehenden Gleichgewichts, das den Übergang in die »soziale Demokratie« vorbereitet, wie in den Theorien der 20er Jahre). Aber diese Revision übersetzt sich in eine Relativierung der Führungsaufgaben der Partei im Rahmen der demokratischen Institutionen: Die Partei fungiert nunmehr als Schlichter und Garant für eine Vielzahl von Interessen, mit dem Ziel, dort, wo es möglich ist, Kompromisse herbeizuführen. In dieser Transformation liegt die strukturelle Unmöglichkeit für die Linksparteien begründet, die eigene politische Praxis tatsächlich an umfassenden Programmen mittel- oder langfristiger Reichweite auszurichten (und es ist hier interessant zu bemerken, wie der Programmwurf der im »Orientierungsrahmen 1975-85« zusammengefaßt war, ein genauso klägliches Ende gefunden hat wie jenes, das Alberto Asor Rosa in der letzten Nummer von *laboratorio politico* für den »Mittelfristigen Programmorschlag« der KPI und für das auf dem Turiner Parteitag der PSI verabschiedete »Progretto socialiste« festgestellt hat (s. Asor Rosa, 1981)).

Insofern haben Gransow und Offe (1981) recht, wenn sie in der geringen Flexibilität des

sozialdemokratischen Modells der *Sozialpolitik* die Wurzeln dafür erblicken, daß die SPD gegenüber den neuen Bewegungen und Konfliktformen völlig im Abseits steht: Indem sie den sicherlich fruchtbarsten Aspekt des Habermas'schen Erklärungsmodells der »Legitimationskrise« aufgreifen, stellen sie eine Verbindung her zwischen dem Immobilismus der SPD einerseits und ihrer Strategie »abstrakter« Modernisierung andererseits, verstanden als »*Verstaatlichung der Lebensverhältnisse*«, die unter dem Vorzeichen von Verwaltungseingriffen und »Verrechtlichung« vor sich geht, d.h. der Vermehrung gesetzgeberischer Maßnahmen zur Rationalisierung »traditioneller Lebensbereiche«. Aber man darf die Ursache dafür – wie wir meinen – nicht einfach darin suchen, daß die Verbindungen der SPD zur Arbeiterklasse – wie Gransow und Offe meinen – nachgelassen hätten und durch bloß »formale« »Dialogbereitschaft« mit allen gesellschaftlichen Interessen ersetzt worden seien (was diese These betrifft, ist die Kritik von Rusconi (1980 (b), 1981) zutreffend). Man muß die Gründe vielmehr in den paradoxen Konsequenzen aufsuchen, die der auf die Schlüsselrolle des Interesses der industriellen Arbeiterschaft gestützte und auf die Vermittlungsrolle der Gewerkschaften zentrierte Pluralismus hervorbringt – und zwar nicht aufgrund seines Versagens, sondern im Gegenteil aufgrund seiner Erfolge für die Arbeiterklasse! Zur Erkenntnis der Widersprüche, die in der Steuerung des »zentrierten« Pluralismus durch die Interessen der Arbeiterklasse auftreten, trägt das von Rosa Luxemburg entlehene Schema des Gegensatzes von Basis und Führung herzlich wenig bei: Der Arbeiterkonsens mit der SPD kann weder auf Manipulation noch auf ständische Privilegien einer vermeintlichen »Arbeiteraristokratie« zurückgeführt werden (wie dies in einzigartigem polemischem Gleichklang die linksradikalistischen Kritiken behaupten, sei es von neoleninistischen, sei es von 'Frankfurter' Positionen aus) – will man nicht den gesamten Kern der westdeutschen industriellen Arbeiterklasse als »Aristokratie« verstehen, demgegenüber die ausländischen Arbeiter und die auf dem Arbeitsmarkt schwachen Subjekte (Frauen, Alte, Unqualifizierte, Randgruppen) eine subalterne Position innehaben (vgl. Streeck, 1980). Der kritische Punkt des Problems liegt in der Tatsache, daß die »privilegierte« Position des Industriearbeiter-Interesses keinesfalls eine objektive Gegebenheit darstellt, sondern eher das Ergebnis einer präzisen politischen Entscheidung. Unter diesem Gesichtswinkel darf die im neokorporatistischen System der SPD zur Geltung kommende »Zentralität der Arbeiterklasse«* nicht sozio-ökonomisch, sondern muß als politische verstanden werden: Es handelt sich also um eine vom sozialdemokratischen Projekt einer Umgestaltung des Systems und der institutionellen Verhältnisse *konstruierte Zentralität*. Und aus eben dieser politischen Option folgt dann auch die – von Habermas und Offe angezeigte – Tendenz zur »Kolonialisierung« anderer sozialer Beziehungen und Subjekte. Aber das Aufdecken dieses Trends erhält im Rahmen unserer Argumentation nur dann eine prägnante Bedeutung, wenn gleichzeitig klar gemacht wird, daß diejenigen, die die SPD abschätzig als *Randgruppen* definiert (und die einige Soziologen unter dem Terminus *zweite Kultur* zusammenfassen), keineswegs rückständige oder Randphänomene, sondern das ureigenste Produkt der Funktionsweise des »zentrierten Pluralismus« sind. Das *Paradox* sozialdemokratischer Regierungspolitik liegt also darin, daß sie gesellschaftliche Kräfte, Interessenkonglomerate, kritisch-kulturelle Phänomene 'produzieren', die sich den Regeln und organisatorischen Schranken, wie sie im »korporatistischen Dreieck« institutionalisiert sind, entziehen. Als Beleg dafür mag der Hinweis ausreichen, daß die intellektuelle Tendenz der SPD eher dahin geht, der Radikalisierung der Opposition in der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften nachzufolgen als dahin, einige Grundvoraussetzungen ihres eigenen Mo-

dells zur Diskussion zu stellen und sich damit für Probleme und Zielsetzungen zu öffnen, die von den neuen Formen politischer Aggregation gestellt werden (von denen die »grüne« Bewegung und die Bürgerinitiativen nur die sichtbarsten Ausdrucksformen sind). Man kann daher die sozialdemokratische *Sozialpolitik* nicht nur unter dem negativ-repressiven Aspekt der »sozialen Kontrolle« abweichenden Verhaltens sehen (vgl. Rödel/Guldemann, 1978) – auch wenn dieser Aspekt der »sektoralen« Diskriminierung [zwischen den Beschäftigten im monopolistischen, Wettbewerbs- und staatlichem »Sektor«] nicht unterschätzt werden darf (vgl. dazu die umfassende Diskussion bei O'Connor 1974). Wie wir sahen, werden durch die Sozialpolitik auch neue soziale Subjekte und neue Rollen des Systems der industriellen Beziehungen produziert: Als Folge davon wird auch das Spiel der Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppen von denselben Variablen konstituiert, die den Prozeß der politischen Entscheidungsfindung bestimmen. Darum bleibt jeder Versuch, die alte 'Frankfurter' Vorstellung vom Welfare-state als »totaler Staat«, gegründet auf den manipulierten Konsens und die »Massenloyalität«, zur chronischen Unfähigkeit verurteilt, den Wandel der Sozialdemokratie zu begreifen.

6.

Die neuen Konfliktformen, die heute an der Oberfläche des sozialdemokratischen »Sozialpakts« aufblühen, sind also provoziert durch die Rigidität der »normativen Strukturen«, auf denen dieser Kompromiß beruht (vgl. Giugni, 1981; 34). Will man die Implikationen dieser Annahme bis zur letzten Konsequenz treiben, so wird man behaupten können, daß die Überkomplexität, die die Stabilität des sozialdemokratischen Kompromisses nunmehr

* Wir haben hier '*centralità operaia*' nicht flott eingedeutscht: etwa als »zentrale Rolle der Arbeiterklasse«. Denn der Ausdruck '*centralità operaia*' steht in der italienischen Linken für *zwei* politisch-polemische Wendungen:

a) Die Arbeiter gegen die Nation.

Die Kritik der 'Operaisten' der 60er Jahre an der gramscianisch-togliattischen Linie der Arbeiterklasse als »nationaler« Führungsgruppe berief sich auf die »Zentralität« der Arbeitererfahrung im *unmittelbaren Produktionsprozeß* (R. Panzieri), auf die Klassenidentität des »Massenarbeiters« gegen den (damals noch nicht so genannten) »Historischen Kompromiß« zwischen Klasseninteresse und nationaler Perspektive.

b) Politische Macht gegen gesellschaftliche Ohnmacht.

In den 70er Jahren haben – angesichts der »Dezentralisierung der Produktion« und der Umstellung des italienischen Privatunternehmertums auf die (gewerkschaftlich schlecht kontrollierbare) kapitalistische Flexibilität von Zulieferproduktion in Klein- und Mittelbetrieben und Heimarbeit – gerade die früheren 'Operaisten' [vgl. Accornero/Cacciari/Tronti, »Operaismo e centralità operaia«, Rom 1978] in der Veto- oder Verhandlungsmacht der Gewerkschaften im '*politischen Tausch*' mit Regierung und Unternehmerverbänden ein Gegengewicht gegen die gesellschaftlich bereits schwindende »Führungsrolle der Arbeiterklasse«, sei es im Betrieb, sei es in Tarifverhandlungen gesehen.

In *beiden* Hinsichten erscheint heute die deutsche sozialdemokratische Arbeiterklasse der italienischen Linken als solid interessenbewußt. So antworteten im Januar 1980, also noch vor der gewerkschaftlichen Niederlage (s. Prokla 41) diejenigen von den Arbeitern des FIAT-Werks, die auf die Frage nach einem Land, in dem die Arbeiter »mehr Macht als in Italien« haben, eine bejahende Antwort gaben, 31,3% mit dem Hinweis auf die BRD (im Vergleich: 17,2% für Italien; 10,2% für Schweden; 6,9% für die Sowjetunion); Untersuchung der CESPE. (Anmerkung des Übersetzers)

bedroht, kein Ergebnis spontaner Entwicklung ist, sondern eine Folge der *politischen Entscheidung für eine administrative Form der Reduzierung der gesellschaftlichen Komplexität*, die zur Ausbildung des »zentrierten Pluralismus« geführt hat (vgl. Naschold, 1981; Strasser, 1979). Dies hat eine doppelte Konsequenz:

Erstens ist damit durch die Tatsachen die Hypothese widerlegt, die in den auf die Ausweitung von Bürokratisierungsprozessen gegründeten 'deflationistischen' Formen von Stabilitätspolitik die Tendenz zur Absorbierung und Integration des Konfliktes sah (im Gegenteil: gerade die beständige Schaffung neuer Beteiligungsinstanzen und bürokratischer Strukturen führte zur Einführung jenes Reaktionsmechanismus aus Impulsen und Gegenimpulsen, aufgrund dessen jede auf Reduzierung der Komplexität gerichtete Aktion zu ihrer eigenen Unterstützung institutionelle Selektionsfilter schaffen muß, die ihrerseits eine Steigerung des Komplexitäts-Koeffizienten herbeiführen);

Zweitens wird durch die intensive wechselseitige Abhängigkeit zwischen modernisierenden Formen der Sozialpolitik und der mehrdimensionalen Artikulation des Konflikts der Schwerpunkt der Diskussion über die Formen der aktuellen Krise verschoben – von der Suche nach vermeintlichen »objektiven Grenzen« des Sozialstaats hin zur Analyse der soziokulturellen Widersprüche, die die Gleichgewichte des Welfare-state als Ausdruck einer historisch bestimmten Phase des Säkularisierungsprozesses der westlichen Gesellschaften betreffen. Wenn man die strukturelle Eigentümlichkeit dieser Phase durch die Keynesianische Gleichung von Wachstum und sozialem Fortschritt zusammenfassen und gleichsam versinnbildlichen kann, so ist die Formel, die die Gleichgewichtsmechanismen dieser Phase auf politisch-institutioneller Ebene zum Ausdruck bringt, nicht weniger relevant: nämlich das Axiom der Vorhersehbarkeit *ex ante* aller Variablen des Konflikts. Dieses Axiom war und ist bis heute konstitutiv für die sozialdemokratische Variante des Neokorporatismus. Aber eben dieses Axiom ist es auch, das durch die im Netzwerk der neuen Komplexität auftauchenden Subjekte und Konflikte in die Krise versetzt wird. Wenn diese Vorstellung der wechselseitigen Abhängigkeit von gesellschaftlicher Dimension und »politischem Zyklus« in ihren allgemeinen Linien zutrifft, folgt daraus, daß es unmöglich ist, die aktuelle Krise des politischen Gleichgewichts im Sozialstaat ausschließlich als Steuerkrise und durch das Auftauchen von »Anti-Steuer«-Bewegungen erklären zu wollen.

Unter diesem Gesichtspunkt erhält die Interpretation, die die Faktoren der Instabilität der korporativ-pluralistischen Ordnung auf Prozesse einer »Entformalisierung des Staates« (Offe 1981; 52) durch die beschleunigte Inflationierung informeller Praktiken der Kompromißbildung zurückführt, eine äußerst präzise Stimmigkeit. Das Zustandekommen von *policy decision*, Entscheidungen über wichtige politische Fragen sind heute das Ergebnis »eines in hohem Maße informellen Verhandlungsprozesses zwischen den Repräsentanten der strategisch entscheidenden Gruppen im privaten und öffentlichen Sektor bei der Formulierung der *public policy*« (Offe, 1979; 327). Als Folge davon verlagern sich die Orte, an denen die *State policies* tatsächlich formuliert wird, »weg von den Institutionen, die in der Demokratietheorie für diese Entscheidungen vorgesehen sind« (ebda.). Dies gilt offenkundig nicht nur für die Lösung politischer Fragen, also für die *policy issues*, sondern auch für den Bereich der Artikulation von Konflikten und Kämpfen. Auch in den neuen gesellschaftlichen Konflikten werden – jenseits der traditionellen Kanäle politischer Repräsentation und Willensbildung – zunehmend neue, zu den überkommenen Mustern alternative Formen politischer Artikulation aufgenommen.

Wir haben damit eine Situation vor uns, in der die vom sozialdemokratischen Modell des »zentrierten Pluralismus« in Gang gesetzten Apparate der »ersatzweisen Konsensbeschaffung« – zum Ausgleich des Legitimationsdefizits und des Verlusts von Entscheidungskapazität der parlamentarisch-demokratischen Mechanismen – dadurch zu einer einzigartigen Fremdbestimmung (Heterogenese) der erreichbaren Ziele führen, daß sie neue Interessen- und Konfliktfelder ins Leben rufen, die ihrerseits wiederum die Dynamik des Kompromisses zwischen Staat, Gewerkschaft und Kapital blockieren: Darum erweist sich das Auftauchen von Grenzen für das Funktionieren als ein weiteres Paradox der »Geschäftsführung [im Interesse] der Arbeiterklasse«.

Eine der auffälligsten Auswirkungen des »Entformalisierungsprozesses« stellt auch in Westdeutschland zweifellos die zunehmende Einschränkung des Manövriertfeldes der politischen Partei dar. Jenseits der Frage, wie diese Entwicklung zu bewerten sei (ob die Linke an ihr interessiert sein sollte oder nicht), jedenfalls scheint diese Tendenz schwer bestreitbar. Gleichwohl sollte man aber nicht glauben, daß sie in kurzer Zeit einen katastrophalen Verlauf annehmen wird. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden die Parteien für eine ziemlich lange Zeit eine keineswegs unbedeutende Rolle in den europäischen politischen Systemen weiterhin spielen: Vielmehr wird das Problem darin bestehen, ihre Verortung und Funktion gründlich neu zu bestimmen und dabei ihrer notwendigen Relativierung innerhalb einer sehr viel variationsreicheren Dynamik des gesellschaftlichen Konflikts Rechnung zu tragen. Die Tatsache des Verfalls der politischen Entscheidungsfähigkeit der Parteien spricht nicht notwendigerweise für die These von der »schwachen Regierung« (Donolo/Fichera, 1981) oder der »Nicht-Regierung«. Denn diese Theorien besitzen nur dann eine beschreibende Kraft, wenn man den Blickwinkel auf das politische System »im engeren Sinne« (d.h. auf das Parteiensystem) beschränkt – vielleicht gar mit gewissen Nostalgien über die 'verlorene makropolitische Entscheidungsfähigkeit' –, nicht aber bezogen auf das politische System »im weiteren Sinne«, also unter Einschluß der öffentlichen Verwaltung. Die administrative Führungsschicht (natürlich nur dort, wo die öffentliche Verwaltung funktioniert, was in Italien sicher nicht der Fall ist) übt heute in bestimmten Situationen die Rolle einer regelrechten »Regierungselite« (ceto di governo) aus, die alle Funktionen, die traditionellerweise von der Schicht der Berufspolitiker ausgeübt wurden, ersetzt und tendenziell verdrängt.

Gleichwohl könnte sich der Machtzuwachs der Verwaltungsbürokratie, der (wie dies unter anderem Niklas Luhmann's Theorie behauptet) dazu dienen soll, die Parteien aus dem Sattel zu heben, schon sehr bald als Boomerang und als Quelle weiterer Konflikte innerhalb der Institutionen erweisen, die sich – weit mehr als ein bloßer Streit um Kompetenzen – zu einer wahrhaftigen Doppelherrschaft zwischen Parteiorganisationen und bürokratischen Oligarchien ausweiten. Außerdem könnte sich die Zielsetzung einer Entpolitisierung des Konflikts über administrative Dezentralisierung (die sich auf die Übernahme der neuen Technologien der Informatik und Telekommunikation stützen kann) umkehren in eine beständige Anreicherung von neuen Mikro-Konflikten in der Peripherie des Systems, die immer schwieriger vorhersehbar und steuerbar sind.

Die andere Auswirkung der »Entformalisierung des Staates« stellt das Auftauchen von Konfliktbildungen dar, die nicht nur zur Ausbildung von neuen Formen politischer Assoziation führen, die sich der Kontrolle der politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen entziehen, sondern auch Forderungen aufstellen, die sich – wenigstens im Rahmen des »korporatistischen Dreiecksverhältnisses« – als nicht verhandlungsfähig erweisen. Wenn

man sich diese Dynamik vor Augen führt, dann wird es allerdings auch unmöglich, das theoretische Erklärungsmodell vom »politischen Tausch« als (deskriptiven oder erklärenden) Schlüssel für das Problem der 'Regierbarkeit' westlicher Gesellschaftssysteme aufzufassen. Dies gilt – wie wir glauben – nicht nur für die größten Versionen der These vom »politischen Markt«, die heute vom Neokonservatismus wieder in Umlauf gebracht werden (und zwar in Gestalt einer banalen Anthropologie, wonach die Menschen von Natur aus dazu geneigt seien, Kompromisse zu schließen – außer natürlich, wenn sie von den ideologischen Auswirkungen der Konkurrenz der Parteien manipuliert und irregeleitet werden), sondern auch für die verfeinerten und differenzierteren Versionen dieser These. Der wirkliche »Realismus« liegt heute darin, sich darüber klar zu werden, daß es kritisch-kulturelle Faktoren des Konfliktes gibt, deren Themen nicht einfach utilitaristisch reduziert werden können, da sie eben jene *nicht austauschbaren Voraussetzungen des »politischen Tausches«* infrage stellen, die dem Politikmuster des sozialdemokratischen Modells Deutschland zugrundeliegen, das in doppelter Hinsicht ein 'deflatives' Politikmodell darstellt: in Bezug auf den Geldwert, aber auch – und vor allem – in Bezug auf die Annahme der Begrenzung gesellschaftlicher Konflikte durch präventive Globalsteuerung.

Einen allgemeinen Aspekt der Kritik des Begriffs vom »politischen Tausch« müssen wir aber noch – wenn auch in sehr knapper Zusammenfassung – erwähnen. Er betrifft die kulturelle Umwälzung, die heute auf einen ganzen historischen Zyklus des Modernisierungsprozesses antwortet, als für eine neue Form des Antagonismus konstitutiven Faktor:

»Es gibt in der Abfolge des Wertewandels eine Art *Irreversibilität«*; und die Auswirkung dieses Wandels ist darin zu sehen, daß »der Rahmen des politischen Konflikts nicht mehr allein von gegensätzlichen materiellen Interessen definiert wird, sondern zusätzlich durch einen breiten Fächer postmaterieller Interessen und Werte (sehr gut vertreten etwa durch die feministische und Ökologiebewegung)« (Offe, 1979; 331).

In der derzeitigen kritischen Situation weisen die durch den »politischen Zyklus« des Welfare-state modernisierten Gesellschaften eine Tendenz zur Polarisierung auf: Mit anderen Worten, ihr antagonistischer Charakter wird deutlich. Aber dieser Antagonismus – und hier liegt der entscheidende Punkt – ist nicht mehr in Begriffen des Klassenantagonismus zu fassen. Wir haben also keine verspätete Rache des alten Marx gegenüber den modernen Konflikttheorien von uns, und zwar aus zwei untereinander eng verknüpften Gründen: 1) Dieser antagonistische Gegensatz explodiert nicht in Gegenwart einer ökonomischen Krise, sondern einer politischen und gesellschaftlichen Krise, die gegenüber der ökonomischen Krise asymmetrisch und asynchron verläuft; 2) die tragende Achse dieses Antagonismus ist kritisch-kultureller Natur, denn er betrifft eine grundlegende Auseinandersetzung über die Leit-Ideen, die bis heute der Ausweitung des Welfare-state zugrunde lagen: nämlich jener Gleichsetzung von Wachstum und gesellschaftlichem Fortschritt, die im Beveridge-Plan geradezu die Voraussetzung der Freiheit von Bedürftigkeit (*freedom from want*) darstellte.

Der antagonistische Charakter der durch die Auswirkungen des *welfare-state* politisierten Gesellschaften muß also neu bestimmt werden – und diese Neubestimmung kann nicht einfach darin bestehen, daß man die Arbeiterklasse als einen über alle Veränderungen hinweg substantiell identischen Begriff wieder als Antagonisten des kapitalistischen Systems hervorholt. Ebenso wenig ist es jedoch möglich – und in diese Richtung scheint Offes Vorschlag zu tendieren –, nachdem man den Klassenbegriff seiner Grundlagen beraubt hat, stattdessen ein gleichermaßen einheitliches und homogenes Subjekt vorzubringen wie die

Identität der »gesellschaftlichen und Bürgerrechtskämpfe« (lotte civili) und neu zusammensetzende Funktion eines »gemeinschaftlichen Bewußtseins«, als Träger von gegenüber dem herrschenden Entwicklungsmodell alternativen Idealen. Die neuen Formen politischer Aggregation können deshalb nicht mit der Aufgabe betraut werden, ein alternatives [gesamtgesellschaftliches] Projekt zu entwickeln, da ihre tiefgreifendste Bedeutung und ihre [überkommene politische Modelle] zerbrechende Funktion gerade darin liegt, die Vorstellung eines [globalen politischen] Projekts selbst radikal zur Kritik und in Frage zu stellen.

Dies ist nicht gleichbedeutend mit einer Erklärung der Nutzlosigkeit jedes 'Projekts'; und noch weniger mit der Behauptung, die Arbeiterklasse und ihre Aktion habe sich mittlerweile in eine myriadische Vielfalt von Mikro-Konflikten aufgelöst oder zerstreut: Der gesamte hier vorgebrachte Argumentationsgang beweist eher das Gegenteil. Die Klassenlogik operiert – und zwar im starken Wortsinne – in der heutigen Gesellschaft und in den sozialdemokratisch geführten politischen Systemen weiter. Sie wird aber gegenüber den traditionellen und Orten ihrer [Klassen-] Identität beständig verlagert und in eine Vielfalt anderer Ebenen und Bereiche sozialer Beziehungen eingebunden. Weniger als je bildet die Arbeiterklasse heute einen unmittelbar-spontan gegebenen Befund: Vielmehr stellt sie sich dar als ein Komplex kultureller Faktoren, die ihrerseits von verschiedenen Komponenten wie Wertvorstellungen, Sitten, Generationen usw. durchzogen werden. In den europäischen Gesellschaften erscheint aber vor allem ihre historische Physiognomie grundlegend neu gestaltet durch das Handeln der Arbeiterorganisationen und des politischen Systems selbst, das durch die Anwesenheit der Arbeiterklasse in dieser auf den Zweiten Weltkrieg folgenden Zeit in hohem Maße mitbedingt worden ist.

Im historischen Verlauf der Transformation der industriellen Arbeiterklasse von einem reinen Forderungs-Subjekt zu einem politischen Subjekt hat die Sozialdemokratie den archimedischen Punkt verkörpert, an dem die beiden Paradigmata von »Wachstum« und von »Revolution« zusammenlaufen (vgl. Berger, 1981). Ihre Politik war die praktische Beweisführung dafür, daß diese Begriffe – scheinbar einander entgegengesetzt – die beiden Seiten derselben Medaille sind, nämlich, der Einsicht Walter Benjamins zufolge, der gleichen Vorstellung des linearen geschichtlichen Fortgangs entspringen. Ebendarum scheinen uns die Schwierigkeiten, denen sie heute gegenübersteht, die »Quintessenz« der kulturellen Aporien der europäischen Linken zu repräsentieren. Der Sozialdemokratie aus ihrer *Sackgasse* herauszuhelfen, bedeutet darum für uns, uns selbst aus diesen Aporien zu *befreien*.

(Übersetzung Otto Kallscheuer)

Literatur

- W. Abendroth (1978), »Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie«, vierte, erweiterte Auflage, Köln
(italienische Übersetzung im kommunistischen Parteiverlag Riuniti, Roma)
- P. Barcellona (1980), »Oltre lo stato sociale«, Bari (De Donato)
- P.L. Berger (1981), »Le piramidi del sacrificio«, Torino (Einaudi)
- J. Bergmann / O. Jacobi / W. Müller-Jentsch (1975), »Gewerkschaften in der Bundesrepublik«, Frankfurt-Köln
- A. Bergounioux / B. Manin (1979), »La socialdemocratie ou le compromis«, Paris (P.U.F.)
- W. Brandt (1968), »Rechenschaftsberichte«, in: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1968 in Nürnberg, Protokoll der Verhandlungen, S. 107ff.
- C. Bucu-Glucksmann / G. Therborn (1981), »Le défi social-démocrate«, Paris (Maspero)
- R. Di Leo (1981), »Gli operai al governo«, in: *laboratorio politico*, N. 3
- C. Donolo / F. Fichera, Hg. (1981), »Il governo debole«, Bari (De Donato)
- G. Germani (1980), »Democrazia e autoritarismo nella società moderna«, in: *Storia contemporanea*, a. XI, n. 2, S. 177ff.
- G. Giugni (1981), »Quale avvenire per il 'welfare-state'?«, in: *Mondo Operaio*, a. XXXIV, n. 4
- P. Glotz (1980), »Probleme der Behauptung staatlicher Souveränität nach innen: ein Beitrag aus der Sicht des politischen Praktikers«, Beitrag zum Kolloquium »Naturzustand und Frieden – 300 Jahre nach Thomas Hobbes«, Berlin, 12.10.80
- D. Groh (1973), »Negative Integration und revolutionärer Attentismus«, Frankfurt-Berlin-Wien
- J. Habermas (1973), »Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus«, Frankfurt/M.
- (1979), »Einleitung«, in: »Stichworte zur 'geistigen Situation der Zeit'«, Frankfurt/M.
- (1981), »Interview von Angelo Bolaffi mit J. Habermas für die italienische Wochenzeitung *Rinascita*«, in: Habermas, »Kleine Politische Schriften, I. - IV.«, Frankfurt/M.
- Hella Kastendieck (1978), »Arbeitnehmer in der SPD. Herausbildung und Funktion der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)«, Berlin-West
- J.M. Keynes (1971), »Teoria generale dell'occupazione, dell'interesse e della moneta«, Torino (UTET)
- O. Kirchheimer (1941), »Changes in the Structure of Political Compromise«, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, Bd. IX (Reprint: München 1980)
- B. Kreisky (1979), »Sinistra e sinistre in Europa«, Interview mit A. Bolaffi, in: *Rinascita*, n. 20
- E. Matzner (1978), »Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise. Österreichs Sozialisten suchen einen Ausweg«, Reinbek